

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl. des „Amts- und Anzeigebblatt“ u. der „Humor-Beilage-„Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. In amtlichen Teilen die gespaltene Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 119.

Dienstag, den 8. Oktober

1907.

Der mit der Verordnung vom 26. September 1906 (Dresdner Journal vom 1. Oktbr. 1906 Nr. 228) bekannt gegebenen Vereinbarung norddeutscher Staaten, daß alles Fleisch von Schweinen, welches innerhalb des Gebiets der beteiligten Staaten in Verkehr kommt und aus einem dieser Staaten stammt, als auf Trichinen untersucht angesehen wird, sind am 1. Oktober dieses Jahres die beiden Großherzogtümer Mecklenburg beigetreten, nachdem von diesem Zeitpunkt ab die Trichinenschau für Schweine in beiden Staaten vorgeschrieben worden ist.

Ortsgefesse und Regulative der Gemeinden über die Trichinenschau sind hiermit in Einklang zu bringen.

Dresden, am 1. Oktober 1907.

### Ministerium des Innern.

#### Öffentliche Zustellung.

Der minderjährige **Alfred Sichert** in Eibenstock, vertreten durch seinen Vormund **Josef Sichert** in Poplowitz und die **Theresia Veresh. Hauck geb. Sichert** in Schneberg, vertreten durch den Rechtsanwalt **Justizrat Landrock** in Eibenstock, klagen gegen den Kaufmann **Alfred Ott**, früher in Eibenstock, jetzt unbekanntes Aufenthalts, wegen Zahlung von Unterhaltsbeiträgen mit dem Antrage,

den Beklagten kostenpflichtig und in vorläufig vollstreckbarer Form zu verurteilen, dem am 28. Oktober 1898 geborenen **Alfred Sichert** vom 29. August 1906 ab bis zu seinem erfüllten 14. Lebensjahre einen Unterhaltsbeitrag von jährlich 96 M. zu zahlen und zwar die auf die Zeit vom 29. August 1906 bis 28. August 1907 rückständigen Beträge an 192 M. sofort an **Theresia Hauck**, die vom 29. August 1907 ab fälligen Beträge aber in monatlichen Vorauszahlungen von 8 M. an den jeweiligen Vormund des **Alfred Sichert**

und laden den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das königliche Amtsgericht zu Eibenstock auf

den 3. Dezember 1907, vorm. 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Eibenstock, am 2. Oktober 1907.

Der Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts.

#### Die Geschäftszeit des Polizeimeldbeamten

für den öffentlichen Verkehr ist derjenigen der gemeinsamen Meldestelle der Krankenkassen angepaßt worden und erstreckt sich von jetzt ab auf die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3 bis 4 Uhr nachmittags.

Stadttrat Eibenstock, den 4. Oktober 1907.

Sche.

Müller.

#### Politische Wochenschau.

In ca. 6 Wochen dürfte der Reichstag wieder zusammentreten, die Parlamentssession wird daher immer mehr ihre Schatten voraus. Die Mitglieder des Bundesrates haben bereits in vergangener Woche die Plenarsitzungen wieder aufgenommen, da es ihnen ja obliegt, den Beratungstoff für den Reichstag rechtzeitig vorzubereiten, und an Arbeit fehlt es wahrlich nicht. In erster Linie handelt es sich um die Einlösung zweier Versprechungen, welche Bälow der Linken gegeben, um diese an seine Blockpolitik zu fesseln, das Reichsvereinsgesetz und die Novelle zur Börsengesetzgebung; im Bundesrat selbst dürfte eine Einigung hierüber leicht zu erzielen sein, aber man hat namentlich bei der Börsennovelle mit der Stimmung auf der Rechten zu rechnen und es ist daher große Geschicklichkeit erforderlich, um seine Vorlage zu Stande zu bringen, die auf Annahme im Reichstage rechnen kann. Ueberhaupt gilt es ja für die Reichsregierung, speziell für den Fürsten Bälow, zu zeigen, daß es ihr mit dem Wechsel im Regierungskurs ernst ist und daß es sich hierbei nicht um eine momentane Aufwallung handelte. Mit zwei so entgegengesetzten Elementen wie der Rechten und der Linken zu regieren, ist wahrlich keine Kleinigkeit, jeden Augenblick lauert die Gefahr eines Zusammenbruchs der Mehrheit und so bedarf es des größten Staatsmännlichen Geschicks, um nicht zu straucheln. Wünscht man doch in verschiedenen Kreisen, unzufrieden mit dem Gange der Ereignisse, nichts sehnlicher als einen Sturz Bälows. Freilich dürfte man mit derartigen Bemühungen aus dem Hinterhalte noch viel weniger Glück haben, als durch eine offene Bekämpfung. Ueberdies kann der Reichskanzler doch mit einer gewissen Beruhigung dem Verlaufe der Dinge entgegensehen, da er die Gewißheit hat, sich des Vertrauens der Blockpartei, und zwar auch des äußersten linken Flügels derselben, zu erfreuen. Wenigstens ist auf dem jüngsten Parteitage der süddeutschen Demokraten überwiegend der Ueberzeugung Ausdruck gegeben worden, daß man vorläufig an der Blockpolitik festhalten müsse, um nicht das Centrum wieder zum Einfluß kommen zu lassen, und wenn man auch nicht mit vollem Herzen bei der Sache sein mag, ist man aber doch gewillt, bei der Fahne zu bleiben, solange es sich mit den Parteiprinzipien irgendwie vereinbaren läßt. Auf dem Parteitage der deutschen Volkspartei ist natürlich auch die Situation in Preußen gestreift worden, indem man sich dabei auf den Standpunkt stellte, daß auch in der preussischen Politik die in der Reichspolitik befolgten Grundsätze bis zu einem gewissen Grade zur Geltung kommen müßten, namentlich hinsichtlich der Wahlreform. In letzterem Punkte werden die in Konstanz geäußerten Wünsche zwar auf keinem Fall Gehör finden, gleichwohl aber dürfte Fürst Bälow nicht zögern,

sich über kurz oder lang über seine Pläne auf diesem Gebiete zu äußern, soweit sich dieselben inzwischen geklärt haben. Es liegt auf der Hand, daß eine Uebertragung der Blockpolitik im Reiche auf preussische Verhältnisse nicht so ohne weiteres möglich ist, da die Verhältnisse hier doch zum Teil anders liegen. Immerhin sucht Fürst Bälow auch nach dieser Richtung hin sein möglichstes zu tun.

Im Bereiche der Auslandspolitik waren in der vergangenen Woche wenig Ereignisse von Bedeutung zu verzeichnen. Die Marokkoaffäre scheint dahin, ein Ausgange ist noch immer nicht abzusehen, ebensowenig sind noch größere Kämpfe zu erwarten. Jedenfalls wäre man in Paris froh, wenn man schon heute Nacht morgen wieder mit Anstand aus der Affäre heraus könnte. Ähnlich ist die Situation zwischen Oesterreich und Ungarn, wo man bei den Ausgleichsverhandlungen nicht zum Ziele kommt und keine Verständigung über die Hauptpunkte, die Bank- und Quotenfrage, zu erreichen ist. Ueberdies ist die Situation in beiden Reichshälften selbst augenblicklich nicht die beste; in Gisleithanien bringt die passivere Resistenz der Eisenbahner schwere wirtschaftliche Schädigungen und auch in Ungarn steht ein größerer Arbeiterstreik bevor, weil man dort für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes nach österreichischem Muster demonstrieren will. — In Rußland sieht es selbstverständlich unverändert aus; Raub und Mord aus politischen Motiven dauern an und ein Umschwung dürfte in absehbarer Zeit kaum zu erwarten sein. Die Dumaarbeiten haben verschiedentlich bereits begonnen, ohne daß aber über deren definitiven Ausfall sich etwas gewisses augenblicklich sagen läßt.

Die Amtsperiode des Präsidenten Roosevelt nähert sich ihrem Ende und er nimmt augenblicklich noch einmal die Gelegenheit wahr, mit der Bevölkerung der verschiedenen Teile des Landes in Berührung zu kommen und seine Ziele darzulegen. Roosevelt hat zwar erklärt, nicht wieder kandidieren zu wollen, aber er hat doch einen imense Anhang, der es gern sehen würde, daß er noch einmal das höchste Amt der Vereinigten Staaten bekleidet, in dem man hofft, daß der energische und rastlose Präsident sich noch einmal wird bewegen lassen. Die von ihm in der letzten Zeit gehaltenen Reden sind daher nicht ohne Bedeutung, da sie Ausblicke über eine Politik zulassen, in deren Fußstapfen auch ein eventueller Nachfolger Roosevelts wandeln müßte. Der imperialistische Gedanke beherrscht nach wie vor die auswärtige Politik und zur Unterstützung derselben hält man eine Verstärkung der Flotte für unbedingt erforderlich. Im Hintergrunde schlummert dabei immer der Gedanke an ein großes blutiges Ringen mit Japan, welchem Gedanken man in Marnekreisen unverhohlen Ausdruck gibt, da man weiß, daß

auch dieser Rivale nicht ruht. Der als aussichtsreichster Präsidentschaftskandidat geltende Kriegsminister Taft weiß zwar augenblicklich auf japanischen Boden, wo man ihn, trotzdem er nur als Privatmann reist, mit großen Ehren empfangen hat, aber es dürfte vielleicht noch in Erinnerung sein, daß am Tage vor Ausbruch des russisch-japanischen Krieges die japanische Regierung für ihre Gesandtschaft in Petersburg ein Haus kaufte.

#### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Berlin, 6. Oktbr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt offiziös: In einigen Blättern ist verbreitet worden, Se. Majestät der Kaiser werde beabsichtigen, unmittelbar nach der Besetzungsfeierlichkeit in Karlsruhe einem Aufstieg des Zeppelinischen Luftschiffes beizuwohnen und an Fuchsjagden in Donaueschingen teilzunehmen. Die ungewöhnliche Taktlosigkeit dieser Meldung ergibt sich schon aus ihrer Fassung. Seine Majestät nimmt selbstverständlich an der badiischen Landestour teil und hat deshalb in vollem Einverständnis mit dem Fürsten Fürstenden die Jagden in Donaueschingen aufgegeben; die Absicht eines Besuches in Manzell hat überhaupt nicht bestanden.

— Die militärfeindliche Propaganda der Anarchisten steht, wie die „In.“ an maßgebender Stelle erfährt, augenblicklich stark im Blüte. Man versucht gegen das deutsche Heer eine großartige Agitation in Szene zu setzen, weil man Preußen und seine Armee für den festesten Hort der „Reaktion“ hält. Zu diesem Zwecke haben sich an den deutschen Grenzen anarchische Zentren gebildet, von denen aus nach Deutschland Flugschriften geschmuggelt werden, die in dem Heere auf heimliche Weise zur Verteilung gelangen sollen. Solche Zentren befinden sich in Holland, in der Schweiz, Frankreich, England und Dänemark. Man kann hoffentlich überzeugt sein, daß die Wachsamkeit unserer Behörden einen Erfolg der Propaganda verhindert.

— Nach jahrelangen Erprobungen und Versuchen hat die Turbine sich jetzt in der deutschen Marine durchgesetzt. Die Probefahrtergebnisse des Turbinen-Torpedobootes „G. 137“ und des Turbinen-Kreuzers „Stettin“ haben die Ueberlegenheit der Turbinen gegenüber den Kolbenmaschinen klargelegt und die Tatsache, daß alle drei jüngst vergebenen Kreuzerbauten ebenfalls mit Turbinen ausgerüstet werden sollen, ist der beste Beweis, daß die Turbine den harten Kampf mit der Kolbenmaschine gewonnen hat. Jetzt handelt es sich nicht mehr um Versuche, sondern nur noch um die Wahl des besten Systems. Auch eines der neuen „Vulkan“-Torpedoboote erhält Turbinen. Vom Turbinen-Banzerkreuzer bis zum Turbinen-Linienschiff ist nur noch ein